

Vorlage Nr. 57/2023		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Verlängerung eines befristeten 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für Präventive Hausbesuche bei Senior:innen bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025

A Problem

Mit dem Auftrag, das Landesprogramm „Aufsuchende Altenarbeit/Präventive Hausbesuche“ als Modellprojekt in Bremerhaven ab dem 4. Quartal 2022 umzusetzen, wurde in der Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 16.03.2022 ein 1,0 überplanmäßiger Bedarf (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für das Sozialreferat, befristet bis zum 31.12.2023, beschlossen. Organisatorisch wurde die Stelle im Juni 2022 dem Sozialamt, Abteilung „Sonstige Hilfen“, Abschnitt „Hilfen für Seniorinnen und Senioren“ zugeordnet.

Die Stelle ist seit dem 01.01.2023 besetzt und das Angebot hat sich bereits als Schnittstelle zur Vernetzung niedrigschwelliger Angebote im Rahmen der Teilhabeleistungen bewährt.

Die Details ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Vorlage des Sozialamtes (Vorlage Nr. V-S 23/2023) vom 22.08.2023.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung, die Verlängerung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für Präventive Hausbesuche bei Senior:innen für das Sozialamt, befristet bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf Grundlage der Personalthauptkosten 2023 entstehen zusätzliche Kosten in Höhe von 77.076 € brutto/Jahr. Die Finanzierung erfolgte bislang aus Drittmitteln im Rahmen des Projektes der „Präventiven Hausbesuche“, ein Unterprojekt des Landesprogrammes „Lebendige Quartiere“. Für die Fortführung des Projektes in Bremerhaven gibt es bislang keine Finanzierungszusage durch das Land Bremen. Sofern es keine weitere Finanzierungszusage durch das Land Bremen gibt, werden die Personalkosten aus zentralen Mitteln finanziert, soweit eine Finanzierung aus dem Personalkostenbudget des Amtes bzw. Ausschussbereiches nicht möglich ist.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Im Rahmen der Besetzung des anerkannten Bedarfes sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung wird in seiner Sitzung am 07.09.2023 beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung, die Verlängerung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für Präventive Hausbesuche bei Senior:innen für das Sozialamt, befristet bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025.

Zum Haushalt 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Vorlage des Sozialamtes für den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung